

27./X. 1914

Die Teuerungszulagen für Staatsangestellte.

Der Staatsangestelltenauschuß hielt gestern unter dem Vorsitz des Abg. Glöckel eine Sitzung ab, in welcher über die Teuerungszulagen der Staatsangestellten verhandelt wurde.

Abg. Dr. Waber richtete an die Regierung die Anfrage, wie sie ihre Stellung zu den bereits eingebrachten Anträgen der Abgeordneten Hummer und Teufel einzurichten gedente.

Sektionschef Dr. Galecki erklärte, die Regierung sei bereit, 50 Prozent der jetzigen Teuerungszulage ab 1. Jänner zuuerkennen, weiter daß schon am 1. November der Beitrag von 25 Prozent der Teuerungszulage während dreier Monate als Anschaffungsbeitrag gegeben werde, daß sie jedoch nicht in der Lage sei, eine 25prozentige Erhöhung des Grundgehaltes durchzuführen.

Abg. Hummer erklärte, daß über die von ihm gestellten Anträge Verhandlungen mit dem Finanzminister stattgefunden hätten und der Minister erklärt habe, daß er gegen den Antrag auf Erhöhung der Gehälter um 25 Prozent im Hause nicht Stellung nehmen werde. Mit Rücksicht darauf müßte angenommen werden, daß die Regierung dieser Frage sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Remetter beantragte, den Finanzminister zum Erscheinen im Ausschuß einzuladen.

Finanzminister Freiherr v. Wimmer erschien alsbald und gab Erklärungen ab, die mit denen des Sektionschefs v. Galecki übereinstimmen.

Es wurde sodann in die Beratung aller vorliegenden Anträge eingegangen und weitere Anträge gestellt.

Ueber Antrag des Abg. Banerl wurde beschlossen, sämtliche Anträge einem Berichterstatter zuzuweisen, und als solcher Abg. Dr. Waber bestellt, der dem Ausschusse alsbald referieren wird.